



**Geschäftsführung  
Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 09.02.2012

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der 20. Sitzung des  
Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 06.02.2012**

**öffentlich**

**5.1 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse -  
Geschäftsprozessoptimierung  
0064/2012**

RM Bosbach meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Vorsitzende Gordes macht ebenfalls Beratungsbedarf geltend und verweist dabei unter anderem darauf, dass die Vorlage überwiegend im Konjunktiv geschrieben sei, also wenig konkrete Maßnahmen aufzeigt. Der Vorlage fehle es insbesondere an Umsetzung in Recht (Satzungsänderung). Den Termin für die angekündigte nächste Vorlage im I. Quartal 2014 erachte sie als sehr spät. Ferner bittet sie unter Bezugnahme auf das angeführte Vergabeforum um Überlassung des Protokolls.

RM Brust zeigt sich enttäuscht angesichts der vielen „Soll- und Kann-Bestimmungen“ in der Vorlage. Er bittet weiterhin um eine zügige Umsetzung.

Stadtdirektor Kahlen erläutert die Vorlage eingehend. Dabei erklärt er, dass es sich bei den beschriebenen Maßnahmen um ein Anknüpfen an die im Rahmen des Konjunktur-Programms II in großen Teilen bereits durchgeführte Praxis handele. Bestimmte in der Beschlussvorlage beschriebene Maßnahmen werden bereits praktiziert, so der Stadtdirektor weiter – z. B. nutze der Bereich Straßenbau den Vergabemarktplatz bereits heute. Die Bereitschaft der Firmen, dieses elektronische System zu nutzen, sei erforderlich, um die Effizienzvorteile zu nutzen. Ziel sei es, den gesamten Prozess elektronisch abzuwickeln. Dabei sei auch ein erhöhter Grad an Transparenz einzuhalten, um der Prävention gegen Korruption gerecht zu werden. Es werde versucht, diese volle Transparenz bis zum 01.07.2012 zu liefern, eine entsprechende IT-Lösung auf Grundlage eines bereits vorhandenen Systems sei bereits entwickelt. Unter Bezugnahme auf die seitens der Vorsitzenden vermisste „Umsetzung in Recht“ führt Stadtdirektor Kahlen zunächst aus, dass die geplanten Be-

schleunigungsmaßnahmen keinesfalls zu Lasten der Korruptionsprävention gehen werden. Es sei angestrebt, bereits im Haushaltsaufstellungsverfahren eine Abstimmung von Prioritäten herbeizuführen und letztlich die Anzahl von bisher bis zu sieben politischen Beschlüssen auf drei zu reduzieren. Mit dieser Beschlussvorlage soll eine politische Grundentscheidung gegenüber dem geplanten System eingeholt werden. Erst hiernach könnten punktgenaue Rechtsregelungen für die Umsetzung vorge schlagen werden. Herr Kahlen stellt weiterhin klar, dass zwar der Erfahrungsbericht im I. Quartal 2014 vorgelegt werde, vorher jedoch bereits in zweiter Stufe eine weitere Entscheidungsvorlage einzubringen sei, in der es um VOL-Fragen gehe. Anhand einer Liste noch anstehender Vergaben sollen künftig diejenigen von politischem Interesse per Beschluss vorab gekennzeichnet und nur noch diese dem betreffenden Gremium zur Bedarfsfeststellung vorgelegt werden. Das Protokoll zum Vergabeforum werde er noch zur Verfügung stellen.

Vorsitzende Gordes macht mit Blick auf die reduzierenden Beschlussvorlagen darauf aufmerksam, dass - soweit bei einer einzelnen Maßnahme die konkret ermittelten Kosten die zugrunde liegende Kostenschätzung um mehr als 20% überschreitet - eine erneute Beschlussvorlage zu erfolgen habe. Mit Verweis auf das angewandte und lt. Vorlage verzichtbare IVC-Verfahren fragt sie an, worin die Motivation bestünde, dieses durch ein Bauinvestitionscontrolling zu ersetzen. Sie bittet den Stadtdirektor zudem um regelmäßige Informationen über den Fortgang der Beschleunigungsmaßnahmen.

RM Peil sieht als wichtige Voraussetzung für die geforderte Kostensicherheit und Korruptionsprävention die tatsächliche Umsetzung der in der Vorlage unter I. beschriebenen verwaltungsinternen Maßnahmen. Für die angekündigte nächste Vorlage sei ein Fließdiagramm wünschenswert, aus dem zu entnehmen ist, welche Knoten gebildet und an welcher Stelle durch wen Entscheidungen getroffen werden.

SE Tempel vermisst in der Vorlage neben dem Kostenmanagement ein Terminmanagement; dieses sollte ebenfalls hinterlegt werden.

Auf Nachfrage von RM Brust klärt Stadtdirektor Kahlen auf, dass die Entscheidungszuständigkeit des Rates für Baumaßnahmen ab  $\geq 1.500.000$  € nicht für Maßnahmen der Gebäudewirtschaft gelte. Die von Vorsitzender Gordes aufgegriffenen Fälle der Überschreitung von 20% gelten nur für konsumtive Maßnahmen, nicht für investive – für diese gelte die bisherige Regelung von 10%.

Herr Rummel, Geschäftsführender Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft, ergänzt, dass allerdings davon ausgegangen werde, dass zwischen Entwurfsplanung und Ausführungsplanung eine Differenz bis +/-20% liegen könne.

Stadtdirektor Kahlen geht weiterhin auf die Nachtragsproblematik ein. Hierbei spiele der Begriff „Frontloading“ eine große Rolle, da die Gefahr geringer werde, innerhalb des Projektes mit inhaltlichen Änderungen operieren zu müssen, je mehr Zeit vorne eingebracht werde; Termine können so besser eingehalten werden und auf einen Störfall könne entsprechend reagiert werden, da möglicherweise bereits vorher ein Störfallmanagement verabredet worden sei. Ein Schwerpunkt sei letztlich auf das Leistungsverzeichnis zu setzen.

Mit Verweis auf z. B. den Denkmalschutz an Schulgebäuden geht Vorsitzende Gordes auf die Tatsache ein, dass in bestimmten Fällen im laufenden Geschehen Anforderungen auf der Baustelle auftreten, mit denen vorher nicht habe gerechnet werden können. Es sei allerdings nicht vertretbar, dass notwendige Planungsänderungen bzw. auftretende Nachträge in der Verwaltung über Jahre liegen blieben.

SB Ruffen greift diesen Aspekt auf und fügt hinzu, dass Nachträge gerade durch lange Planungsprozesse entstünden, da sich die Anforderungen an das Geplante dann oft ändern.

Beigeordneter Streitberger pflichtet dem Stadtdirektor dahingehend bei, dass die Qualität der Ausschreibung einen entscheidenden Faktor darstelle. Allerdings sei dabei auch zu beachten, dass bei einem höheren Zeitaufwand letztlich in der Summe weniger geschafft werden könne.

Vorsitzende Gordes stellt in diesem Zusammenhang fest, dass in der Beschleunigungsvorlage das Personal fehle, welches bereits seit mehreren Ratssitzungen angefordert werde.

Stadtdirektor Kahlen erklärt, beim „Frontloading“ unter dem Strich an einen Zeitgewinn zu glauben. Weiterhin resümiert er, dass die auftraggebenden Dienststellen in der Planungs- und Steuerungskompetenz gestärkt werden müssen und es gelte, den Nachtragsbereich zu reduzieren. Zum Thema Denkmalschutz sei eine Neupositionierung erforderlich, so Herr Kahlen, besonders im Blick auf das Schulprogramm.

RM Brust macht auf die große Anzahl unbesetzter Stellen und zusätzlichen Personalbedarf bei der Gebäudewirtschaft aufmerksam. Er bittet den Stadtdirektor, an einer der nächsten Sitzungen des Betriebsausschusses erneut teilzunehmen und darzulegen, wie das Problem der Unterbesetzung des technischen Personals geregelt werden könne.

#### **Beschluss:**

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweist die Vorlage **ohne Votum** in den Rat.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt